

Presseinformation

Nr. 339 / 2014

Kiel, Mittwoch, 6. August 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Norddeutsche Kooperation

Christopher Vogt: Minister Meyer sollte seine Hamburger Genossen zur Vernunft bringen

Zur aktuellen Berichterstattung der „Bild-Zeitung“ über das Ausweichen Hamburger Pendler auf Park-and-Ride-Plätze benachbarter Bundesländer erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Das jüngste Projekt des Hamburger SPD-Senats, für alle 9.400 städtischen Park-and-Ride-Plätze Gebühren zu erheben, ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus. Diese Maßnahme führt nicht nur zum ausweichenden Parken in angrenzenden Wohngebieten, sondern auch dazu, dass Hamburger Pendler nun mitunter aus der Hansestadt heraus fahren, ihre Autos auf den dort kostenfreien Parkplätzen abzustellen, um dann anschließend mit dem ÖPNV wieder in die Stadt hinein zu fahren. Da die Pendler hierdurch weitere Wege als bisher auf sich nehmen, kann man vernünftigerweise nicht von einer ökologisch sinnvollen Maßnahme des Senats sprechen.

Es hätte dem Senat bereits im Vorhinein einleuchten können, dass ein Großteil der Pendler neben den Kosten für den öffentlichen Nahverkehr nicht auch noch die Kosten für das Parken ihrer Fahrzeuge tragen will. Mit dieser kontraproduktiven Maßnahme wird der eigentliche Sinn von Park-and-Ride-Angeboten ausgehebelt, denn wer durch höhere Kosten dafür bestraft wird, dass er auf den ÖPNV umsteigt, nutzt diesen eben nicht so wie allgemein gewünscht. Dies gilt nicht nur für die aus Schleswig-Holstein kommenden, sondern auch für innerstädtische Pendler.

Verkehrsminister Meyer sollte seine sozialdemokratischen Parteifreunde im Sinne der Norddeutschen Kooperation zur Vernunft bringen. Nachdem der Hamburger Senat bereits die Realisierung der neuen S21 erneut verzögert hat, ist dieser unausgegorene Vorstoß binnen kürzester Zeit die nächste verkehrspolitische Zumutung des

Hamburger SPD-Senats für Schleswig-Holstein in diesem Sommer.
Dieser Unsinn muss schnellstmöglich korrigiert werden.“